



Russland und der Westen

Ideologie statt Realismus ist Gift, sagt Historiker Alexander Rahr. Seite 3

Foto: imago/Müller-Stauffenberg

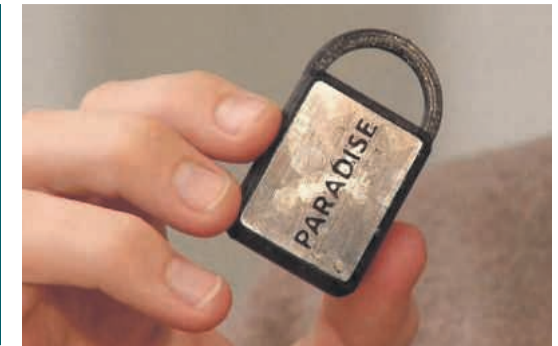
Geschichte als Hintertür

KünstlerInnen befragen Vergangenes, um das Heute zu verstehen. Seite 13

Dopingjagd per GPS

Neue Technik soll im Sport den Datenschutz verbessern. Seite 19

Screenshot: ARD



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 1. März 2017

72. Jahrgang/Nr. 51

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Reicht nicht

Jörg Meyer über den neuen Mindestlohnreport

Weltweit sind die Mindestlöhne im vergangenen Jahr gestiegen. In der EU gab es den höchsten Reallohnzuwachs seit dem Jahr 2000. Das ist im Mindestlohnbericht 2017 zu lesen, den die Hans-Böckler-Stiftung am Dienstag vorstellte. Doch vielerorts reicht der Mindestlohn kaum zum Mindesten. In Deutschland können Beschäftigte in einem Mindestlohnjob über die Runden kommen – so lange, bis sie sich in die Altersarmut hinüberretten. Und das im Land mit dem weltweit höchsten Exportüberschuss.

Ein bisschen Technik: Der Medianlohn beschreibt die Lohnhöhe, die von der einen Hälfte der Beschäftigten überschritten und von der anderen Hälfte unterschritten wird. Der Durchschnittslohn das Mittel aller gezahlten Löhne. Beide zusammen ergeben den Kaitz-Index, der den Wert des Mindestlohnes gemessen an seiner Stellung im Lohngefüge eines Staates beschreibt. Den internationalen Spitzenplatz nimmt mit einem Wert von 70 Prozent die Türkei ein. Die rote Laterne tragen die USA mit 36 Prozent, Deutschland liegt mit 48 Prozent nur im Mittelfeld.

Der Autor des Mindestlohnreports, Thorsten Schulten, hat Recht, wenn er eine EU-Mindestlohnpolitik fordert, die einen Kaitz-Wert von 60 Prozent zum Ziel hat. Das ist zwar noch immer kein Edelentgelt, wäre aber eine wichtige Verbesserung. Denn ein hoher Indexwert bedeutet insgesamt geringere Lohnunterschiede und sinkende Ungerechtigkeit auf vielen Ebenen – nicht zuletzt, was die Aufhebung der strukturellen Benachteiligung von Frauen in den Arbeitsmärkten angeht.

UNTEN LINKS

Endlich wissen wir, wie diese Verschwörungstheorien funktionieren. »Verunsicherung« und »Marginalisierung« spielen dabei eine große Rolle, heißt es. Das »Sinndefizit«, das die Aufklärung geschaffen habe, werde damit aufgefüllt. Weil Gott sozusagen abgetreten sei als Weltplaner, wollten die Leute, insbesondere Konservative und mehrheitlich Männer, die »Zufälle« erklären und »mit dem Finger auf Schuldige zeigen«. Sie wollten sich »aus der Masse herausheben«, indem sie sich zu denen erklärten, die wissen, »wie der Hase läuft«. Nee, echt jetzt? Ich glaub's ja nicht, aber auf mich hört ja keiner. Erzählen die das alles genau in dem Moment, wo der Herr Trump sagt, was Sache ist. Schicken einen »Kulturhistoriker« zum »Spiegel«, diesem Marionettenblatt, der das alles »erklärt«. Die da oben können mir viel erzählen. Aber ich lasse mich nicht von diesen Kommunisten, Juden, Finanzhaien und Feministinnen verdummbuehlen! Ich weiß nämlich, wie er läuft, der, ähm, Igel! rst

Hoffen aufs Trinkgeld

Mindestlöhne international gestiegen, aber auf meist niedrigem Niveau



Foto: dpa/Marius Becker

Berlin. Fußballweltmeister, Exportweltmeister – Rekorde und Titel, wohin das Auge blickt. Die deutschen Unternehmen erzielten 2016 wieder Topgewinne. Und beim Mindestlohn? Nur internationales Mittelfeld. Blickt man auf die westeuropäischen Nachbarn und Nachbarinnen, liegen die Deutschen sogar »spürbar« drunter. Das fand die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung beziehungsweise deren Tarifexperte vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) heraus. In Düsseldorf stellte Thorsten Schulten am Dienstag den Mindestlohnreport 2017 des WSI vor.

Fazit: Die Mindestlöhne sind im EU-Kontext überall gestiegen; außer in Griechenland – Troika sei Dank. In 22 der 28 EU-Mitgliedsstaaten gibt es einen Mindestlohn. Die Steigerungen im Vorjahr erstreckten sich von 0,9 Prozent in Frankreich über vier Prozent in Deutschland bis 7,5 Prozent in Großbritannien. Es gibt in EU-Europa, aber auch im internationalen Vergleich, große Unterschiede.

In den Jahren nach 2008 hatte die Wirtschaftskrise die Entwicklung der Mindestlöhne international stark gebremst. Der seit dem Jahr 2013 andauernde Trend hin zu einer »dynamischeren Mindestlohnentwicklung« gehe

jedoch weiter in die andere Richtung, schreibt Schulten.

Der relative Wert des Mindestlohnes – verglichen mit dem Durchschnittslohn – sei dagegen in vielen Staaten nicht sonderlich hoch, sagt Schulten. Mindestlöhne könnten nicht verhindern, dass viele Menschen im Niedriglohnbereich arbeiten – auch und besonders in der Gastrobranche. Deutschland hat im Vergleich einen der größten Niedriglohnbereiche Europas. Während im EU-Durchschnitt 17,5 Prozent der Erwerbstätigen 2014 im Niedriglohnbereich arbeiteten, waren es hier 22 Prozent. Puuh! Doch Spitzenklasse. jme Seite 5

Nur Freilassung wäre angemessen

Wut und Proteste nach Anordnung von Untersuchungshaft für »Welt«-Korrespondent Deniz Yücel

Die Solidarität mit dem deutschen türkischen Journalisten Deniz Yücel ist überwältigend. Seine Unterstützer vermissen lediglich klare Worte der Bundesregierung.

Von Regina Stötzel

Eigentlich war der Plan der Berliner Freunde, Kollegen und Unterstützer, am Dienstagabend zusammen mit Deniz Yücel Korso zu fahren und seine Freilassung zu feiern. Um so größer waren Wut und Enttäuschung nach der Entscheidung der türkischen Justiz, den Korrespondenten der »Welt« in Untersuchungshaft zu nehmen. Der Vorwurf: Terrorpropaganda – für die PKK wie für die Gülen-Bewegung – und Aufwieglung der Bevölkerung. »Wir sind tief geschockt. Deniz, wir sind bei dir«, war unter dem Hashtag #freedeniz zu lesen. »Ich bin entsetzt und fassungslos«, sagte Ilkay Yücel, die Schwester des Journalisten, dem

»nd«. »Ich habe nicht mit dieser Entscheidung gerechnet und gehofft, dass Deniz freigelassen wird.« Nach 13 Tagen im Polizeigewahrsam war Yücel am Montag im Istanbul Justizpalast vernommen worden. Laut der »Welt« wurde er daraufhin dem Haftrichter Mustafa Cakar vorgeführt, der bereits mehrere Journalisten der kritischen Zeitung »Cumhuriyet« in U-Haft geschickt hatte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete die Entscheidung als »unverhältnismäßig hart«, zumal sich Yücel der sofortigen Freilassung Yücel und aller in der Türkei inhaftierten Kollegen, forderte die Organisation Reporter ohne Grenzen.

Nach 13 Tagen im Polizeigewahrsam war Yücel am Montag im Istanbul Justizpalast vernommen worden. Laut der »Welt« wurde er daraufhin dem Haftrichter Mustafa Cakar vorgeführt, der bereits mehrere Journalisten der kritischen Zeitung »Cumhuriyet« in U-Haft geschickt hatte.

Noch während der Korso in Berlin unterwegs war, wurde gemeldet, dass der türkische Botschafter in Deutschland, Kemal Aydin, wegen der Inhaftierung Yücel ins Auswärtige Amt einbestellt worden sei. Gabriel erklärte, Staatsminister Walter Lindner habe in seinem Auftrag mit dem Botschafter ein Gespräch geführt.

»Er wurde nur wegen seiner Berichte verhaftet, sie stellen definitiv keine Straftat dar«, erklärte der Abgeordnete der größten Oppositionspartei in der Türkei (CHP), Sezgin Tanrikulu. Yücel werde damit wie ein Terrorist und nicht wie ein Journalist behandelt. »Den Worten der Bundesre-

Lesen Sie heute im Ratgeber

Folgen des BGH-Urteils über Bausparverträge

Unwirksame Klauseln in Mietverträgen

Was ändert sich ab März für Verbraucher?

Werftenkrise kostet weitere Jobs

Blohm+Voss entlässt ein Drittel seiner Mitarbeiter

Hamburg. Bei der Hamburger Werft Blohm+Voss sollen rund 300 von knapp 1000 Jobs wegfallen. Das teilten Geschäftsführung und Aufsichtsrat am Dienstag bei einer Betriebsversammlung mit. Durch hohe Kostenstrukturen, versäumte Investitionen und einen zu niedrigen Auftragsbestand befindet sich Blohm+Voss in einem kritischen Zustand, teilte die Bremer Lürssen-Gruppe als Eigentümer von Blohm+Voss mit. Um die Werft wettbewerbsfähig und profitabel zu machen, seien Anpassungsmaßnahmen nötig.

Bereits am Montag hatte die angeschlagene Bremerhavener Lloyd Werft angekündigt, 117 von rund 400 Arbeitsplätzen zu streichen. Das habe die Geschäftsleitung den Beschäftigten mitgeteilt, sagte Betriebsratschef Daniel Müller. Die Geschäftsführung wollte sich zunächst nicht äußern. Für die Betroffenen soll nach Angaben des Betriebsrats eine Transfergesellschaft gegründet werden. Zunächst seien Beschäftigte aufgerufen, freiwillig das Unternehmen zu verlassen. Seit Oktober gibt es bei Lloyd Kurzarbeit. dpa/nd

Moschee-Verein in Berlin verboten

Ermittler suchten bei Großraffia nach Hinweisen auf Anschlagplanungen

Berlin. Zwei Monate nach dem Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin ist der umstrittene Moschee-Verein »Fussilet 33«, in dem auch der Attentäter Anis Amri häufig verkehrte, verboten worden. Den Antrag dazu hatte das Verwaltungsgericht bereits am 15. Februar abgesegnet, die Verfügung sei dem Verein am Dienstag zugestellt worden und damit in Kraft getreten, teilten die Innenbehörden mit.

Rund 460 Polizisten durchsuchten am Dienstag 24 Objekte in der Hauptstadt – darunter Wohnungen, zwei Firmensitze, aber auch sechs Hafträume in den Gefängnissen Moabit und Tegel, wie die Polizei mitteilte. Der Einsatz erfolge als Amtshilfe für die Innenverwaltung. Es gehe um die Mitglieder des Moschee-Vereins, um das Vereinsvermögen, Computer und Akten, sagte ein Sprecher der Innenverwaltung. Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) erklärte am Dienstagmittag, es seien in der Moschee keine Hinweise auf weitere konkret geplante Anschläge gefunden worden. dpa/nd Seite 9

Zu restriktive Hassverfassung

Europarat kritisiert deutsche Statistik

Straßburg. Der Europarat hat Deutschland Mängel bei der statistischen Erfassung von Hassverbrechen bescheinigt. Die deutsche Polizei stütze sich bei der Registrierung auf eine »übertrieben restriktive Definition von Hassverbrechen«, heißt es in einem am Dienstag vorgelegten Bericht der Anti-Rassismus-Kommission des Europarats (ECRI) in Straßburg. Deswegen sei es »nicht verwunderlich«, dass es in Deutschland immer wieder »beträchtliche Unterschiede« zwischen der behördlichen Zählung von Hassverbrechen und den von zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgelegten Zahlen gebe, heißt es in dem Bericht. Unter Hassverbrechen werden Taten verstanden, bei denen etwa die Hautfarbe, Religion, sexuelle Orientierung oder Herkunft des Opfers eine Rolle bei der Motivation des Täters spielen.

Die ECRI-Experten empfehlen Deutschland eine sehr breite Auslegung bei der Erfassung von Hassverbrechen. Demnach soll eine Tat bereits dann als Hassverbrechen registriert werden, wenn sie vom Opfer als Hassverbrechen empfunden wird. AFP/nd Seite 6

ISSN 0323-3375

